

## **Antworten auf die Wahlprüfsteine von der Initiative 27. Januar e.V. anlässlich der Bundestagswahl 2021**

**1) Wie stehen Sie zum Ansatz deutscher Außenpolitik, gegen Israel gerichtete einseitige (auch vermeintlich abgemilderte) Resolutionen in den VN häufig mitzutragen oder sich zu enthalten? Müsste Deutschland nicht häufiger solche Resolutionen klar ablehnen, wie es auch andere EU-Staaten vormachen?**

Wir GRÜNE stehen für das Existenzrecht und die Sicherheit Israels, ohne Wenn und Aber. Das gilt auch für die Politik im multilateralen Rahmen. Diese Verpflichtung erwächst aus der Wertegemeinschaft der Demokratien und aus den Lehren des dunkelsten Kapitels unseres Landes, der Schoa. Die Gründung des Staates Israels war darauf eine Antwort, genauso wie die Gründung der Vereinten Nationen (VN) nach dem Zweiten Weltkrieg. Wir stehen zu den VN und zum rechtsbasierten multilateralen Wertesystem. Daher müssen wir sie stärken und besser machen, und, wenn möglich in europäischer Einbettung, die bestmöglichen Lösungen suchen. Die Zahl der VN-Beschlüsse, die sich mit Israel befassen, ist im Vergleich mit Beschlüssen gegen andere Staaten absurd hoch. Auch hier muss stets Antisemitismus und Antisraelismus aufgezeigt werden.

**2) Sollte Deutschland seine direkte/indirekte finanzielle Unterstützung für die Palästinensische Autonomiebehörde und UNRWA daran koppeln, dass Terrorismus und Hetze gegen Israel (u.a. in Schulbüchern, durch die Verehrung von „Märtyrern“ und Unterstützung der Familien von Attentätern) unterlassen wird?**

Die palästinensische Autonomiebehörde nimmt seit 1994 quasi Regierungsfunktionen für die Palästinenser\*innen wahr und ist auch internationaler Ansprech- sowie Verhandlungspartner für einen angestrebten multilateralen Friedensprozess, für den auch die Grünen eintreten. Anders verhält es sich mit terroristischen Gruppierungen wie der Hamas, die kein akzeptabler Ansprechpartner sind. Die UN und damit auch UNRWA haben keinen Auftrag und auch kein Mandat, Lehrpläne oder Lehrbücher von Gastregierungen zu ändern. Wir haben dennoch Vertreter\*innen der UNRWA immer wieder auf dieses Thema hingewiesen und werden es auch weiterhin tun. Diese haben uns versichert, dass sie sich in den Schulen, an denen sie Lehrkräfte eingestellt haben, dafür einsetzen, dass Unterricht gemäß den Werten und Grundsätzen der UN geleistet wird. Damit will UNRWA eine wichtige Kontrollfunktion gegen Rassismus und Diskriminierung einnehmen. Wir werden auch in Zukunft Druck machen, damit sie dem Einhalt gebietet.

**3) Welche Position sollte Deutschland in Bezug auf die wieder aufgenommenen Verhandlungen zum (inzwischen eindeutig militärischen) Atomprogramm des Iran und angesichts der Bedrohungen durch das iranische Regime und seine regionalen Stellvertreter für den Nahen Osten und konkret für Israel einnehmen?**

Für uns GRÜNE ist die Islamische Republik Iran mit ihrer momentanen Führung, Ideologie und Politik ein innen- wie außenpolitisch hochproblematischer Akteur. Die Menschenrechtslage ist verheerend, die aggressive Regionalpolitik zerstörerisch, die Vernichtungsrhetorik gegen Israel und die Bewaffnung von Stellvertreter-Organisationen, die Israels Existenz bedrohen, inakzeptabel. Genau deshalb treten wir GRÜNE für ein Wiederaufleben des JCPoA ein. Ein endgültiges Ende des Abkommens würde eine Katastrophe für die Region mit unüberschaubaren

Konsequenzen einer Aufrüstungsspirale bedeuten und die Bedrohung Israels erhöhen. Irans Regionalpolitik hat zu Kriseneskalation und Terrorismus beigetragen. Auch auf diesen Gebieten müssen die Gespräche dringend aufgenommen werden, sobald der JCPOA wieder für alle Seiten bindend ist. Dies allerdings haben die europäischen Staaten nach dem Abschluss des Vertrags bis zu seiner Kündigung durch den ehemaligen US-Präsidenten Trump nicht gemacht. Das wollen wir ändern.

**4) Sollte Deutschland – wie gegenüber allen anderen Staaten weltweit auch – die souveräne Entscheidung Israels, Jerusalem zu seiner Hauptstadt zu machen, anerkennen und seine Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem verlegen?**

Der völkerrechtliche Status Jerusalems ist seit der Teilungsresolution der VN-Generalversammlung vom 29. November 1947 ein besonderer („corpus separatum under international law“). Vor diesem Hintergrund des Sonderstatus hat die Frage, ob Jerusalem die Hauptstadt Israels ist oder nicht, völkerrechtliche und internationale Implikationen. Die VNGV-Resolution vom 19.12.2017 hat dies nochmals bestätigt und Staaten aufgerufen, ihre Botschaften nicht nach Jerusalem zu verlegen.

**5) Wie kann Deutschland die erzielten Fortschritte in der Antisemitismus-Bekämpfung, insbesondere die Ratifizierung der IHRA-Definition, des BDS-Beschlusses des Bundestages und die Schaffung der Stelle des Antisemitismus-Beauftragten der Bundesregierung, aus Ihrer Sicht sichern und weiter ausbauen?**

Wir GRÜNE bekennen uns klar für die besondere historische Verantwortung Deutschlands gegenüber Israel und haben dies im Bundestag immer wieder deutlich gemacht. Zu dieser besonderen Verantwortung zählt die Notwendigkeit der Bekämpfung des Antisemitismus in Deutschland sowie international. Wir stehen fest hinter den Beschlüssen des Deutschen Bundestags (Drs.18/4803; Drs.19/1823), Antisemitismus in allen seinen Facetten zu bekämpfen. Dies ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, für die es Anstrengungen aller braucht. Zu dieser Aufgabe gehören die Fortsetzung der engen und freundschaftlichen Beziehungen und die Sicherheit Israels als ein zentrales Anliegen deutscher Außen- und Sicherheitspolitik. Wir streben die Beendigung des israelisch-palästinensischen Konflikts unter Maßgabe des Völkerrechts und der Menschenrechte an. Auch deswegen lehnen wir die BDS-Bewegung ab. Stärkung und Schutz des jüdischen Lebens in Deutschlands wollen wir mit einem Maßnahmenkatalog erreichen (Drs. 19/30957).

**6) Wie kann Deutschland Ihrer Meinung nach seiner kollektiven Verantwortung aus dem Holocaust gerecht werden und neue Formen des Erinnerns gefunden werden in Zeiten, in denen es immer weniger Überlebende gibt und das Gedenken zunehmend ritualisiert, relativiert oder gar diskreditiert wird?**

Politische Bildung muss im frühen Stadium Kinder und Jugendliche an dieses Thema heranführen, u.a. durch Bildungsangebote für Lehrkräfte. Mahnmale wie das Holocaust-Mahnmal in Berlin sind wichtige Orte der Erinnerung, des emotionalen und intellektuellen Anstoßes zugleich. Auch menschliche Begegnungen zwischen Deutschen und Israelis z.B. in Schüleraustauschen, Auslandssemestern und freiwilligen sozialen Jahren halten wir GRÜNE für ein gutes Mittel, um das Bewusstsein für die gemeinsame Aufarbeitung der Geschichte zu stärken. Zugleich dürfen wir in der politischen Auseinandersetzung nicht nachlassen, uns der Relativierung oder gar Diskreditierung dieses dunkelsten Kapitels deutscher Geschichte entgegenzustellen, ob gegen rechtspopulistische und neonazistische Parteien bzw. Organisationen oder im privaten Umfeld, dem islamistischen oder dem linken Antisemitismus. Wir fordern zudem, erfolgreiche Ansätze der Demokratieförderung in Regelstrukturen der Bildungsarbeit zu übernehmen.

**7) Was kann aus Ihrer Sicht zur Förderung des seit 1.700 Jahren bestehenden jüdischen Lebens in Deutschland sowie dem Ausbau der deutsch-israelischen Beziehungen – auch regional und lokal – getan werden?**

Jüdisches Leben prägt und bereichert unser Land und unsere Gesellschaft. Dass sich nach dem Zivilisationsbruch der Shoa jüdisches Leben in Deutschland wieder etabliert hat, ist ein Glück und unermesslicher Gewinn. Wir GRÜNE unterstützen Projekte, die sowohl jüdisch-säkulares als auch jüdisch-religiöses Leben, jüdische Kultur und Bildung stärken. Wir wollen politische und kulturelle Bildungsangebote für Alle zugänglich machen, um Wissen über die Facetten jüdischen Lebens zu vermitteln. Wir wollen Altersarmut in den jüdischen Gemeinden bekämpfen, in denen v.a. Jüd\*innen soziale Absicherung benötigen, die aus den Ländern der ehemaligen Sowjetunion zugewandert sind. Um die deutsch-israelischen Beziehungen weiter zu verbessern, wollen wir jüdische Perspektiven und Expertisen in die historisch-politische Bildungsarbeit, in Antisemitismusprävention und Intervention stärker einbeziehen. Wir wollen israelischen Bürger\*innen die Möglichkeit für eine doppelte Staatsbürgerschaft in Deutschland geben.

**8) Was kann aus Ihrer Sicht zur Verbesserung des Israel-Bildes junger Menschen in Deutschland getan werden, z.B. durch eine umfangreichere Finanzierung eines breit gefächerten deutsch-israelischen Jugendaustausches mit bestehenden sowie neuen Projekten?**

Die Möglichkeiten für persönliche Begegnungen in Deutschland und in Israel müssen ausgebaut und bestehende Kontakte gepflegt werden. Wir GRÜNE wollen die Projekte des deutsch-israelischen Jugendaustausches fördern und u. a. mit einem Alumniprogramm weiterentwickeln und in die Form eines Jugendwerks mit bilateralen Strukturen führen. Zudem soll die sportliche Begegnung stärker als bisher gefördert werden. Bundesregierung und Länder sollen sich für den Ausbau von Fort-, Weiter- und Ausbildungsangeboten zur Sensibilisierung für jüdisches Leben in Deutschland und zur Antisemitismusprävention einsetzen. Auch der interreligiöse Dialog muss, z.B. durch die langfristige Finanzierung von Dialogprojekten wie „Shalom Aleikum“ des Zentralrats der Juden, ausgebaut werden. Wichtig erachten wir auch, Dialog- und Begegnungsarbeit im jüdisch-muslimischen Kontext auszubauen und Kooperationen zwischen jüdischen und nichtjüdischen Bildungsträgern zu fördern.